

1975 wurde der Status quo im gespaltenen Europa von der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki festgeschrieben. Die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und die westeuropäischen Staaten vereinbarten mit der Sowjetunion die Unverletzlichkeit der Nachkriegsgrenzen, das Streben nach Sicherheit vor einem europäischen Krieg, wirtschaftliche Kooperation und, darauf bestanden die Westmächte, die Anerkennung der Menschenrechte in allen Staaten des Kontinentes. Erst wenn sich in den östlichen oder westlichen Gesellschaften gravierende Veränderungen vollzögen, die die etablierten staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungen unter Veränderungsdruck setzten, könne sich dieser Status quo auflösen, der in Helsinki besiegelt worden sei, so die Prognose des Politikwissenschaftlers Hans-Peter Schwarz nach Abschluss des Abkommens. Entgegen den Erwartungen der westeuropäischen Öffentlichkeit, die von der Stabilität des sowjetischen Imperiums ausging, begannen die Veränderungen und die Erosion der ungeteilten Macht der Kommunisten in den Staaten Ost-Mitteleuropas. 1976 war ein Schlüsseljahr in Polen und der DDR in diesem Erosionsprozess.

Vier Jahre später wurde auf den Werften an der polnischen Ostseeküste gestreikt. Das überbetriebliche Streikkomitee in Danzig verhandelte einundzwanzig Forderungen mit der Regierung. Eine dieser Forderungen verlangte die „Wiedereinsetzung in ihre früheren Rechte

von Personen, die nach den Streiks von 1970 und 1976 entlassen wurden, und von Studenten, die wegen ihrer Überzeugungen von den Universitäten verwiesen worden sind“.

Die streikenden polnischen Werftarbeiter hielten in dieser Forderung nicht nur die Erinnerung an die blutig niedergeschlagenen Streiks und Demonstrationen an der polnischen Küste von 1970 und in Warschau 1976 fest. Diese Erfahrungen waren eine der Wurzeln für ihre politischen Forderungen, die in dem Anspruch auf eine unabhängige, selbstbestimmte Gewerkschaft als Interessenvertretung der Arbeiter im realen Sozialismus gipfelten. Der Bezug auf 1976, als der Weg nach 1989 begann, war damals eine vage Hoffnung, ging es 1976 den Arbeitern doch vordergründig „nur“ um die Verbesserung ihrer Lebensmittelversorgung und niedrigere Fleischpreise. Ihr Streik war damals eine isolierte gesellschaftliche „Unruhe“ in Polen, also ein regionales Ereignis. Die polnische Partei- und Staatsführung nahm damals zeitgleich an einem Gipfeltreffen der europäischen Kommunisten in Ost-Berlin teil, auf dem es um eine gemeinsame Politik für ihren „Frieden und Fortschritt“ in Europa ging. Die Konferenz sollte nach der Unterzeichnung der Schlussakte der KSZE in Helsinki eine gemeinsame Linie für die Politik der kommunistischen Parteien festlegen. Die sowjetische Führung und die mit ihr verbundenen Parteien sahen in der Vereinbarung von Helsinki eine Zäsur der europäischen Nachkriegs-

geschichte und auch einen Erfolg der eigenen Politik, hatten doch die zwei deutschen Staaten diesen Verhaltenskodex für eine antagonistische Kooperation in Europa auf Basis des Status quo des geteilten Kontinentes unterzeichnet. Die SED konnte darauf hoffen, dass mit der Unterzeichnung der Schlussakte die „deutsche Frage“ auf Basis deutscher Zweistaatlichkeit für alle Zukunft geregelt war.

Die Sowjetunion war gewiss, den machtpolitischen Status in Europa nun mit Zustimmung des Westens bewahren zu können, den westlichen Staaten dagegen kam es vor allem darauf an, die ökonomischen und kulturellen Beziehungen im gespaltenen Europa zu verdichten und im Osten die Menschenrechte sukzessive durchzusetzen.

Solidarität im Widerstand

Im Zusammenhang mit den gewaltsam unterdrückten Arbeitskämpfen polnischer Metallarbeiter im Juni 1976 schrieb Jacek Kuroń seine *Gedanken zu einem Aktionsprogramm*. International bekannt wurde Kuroń 1964, als er zusammen mit Karol Modzelewski einen *Offenen Brief an die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei* schrieb, in dem die beiden eine marxistische Analyse der Herrschaftsstruktur der kommunistischen Diktatur vorlegten. Ihr Befund: Das Land wird beherrscht von einer „Monopolbürokratie“, die alle politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtpositionen beherrscht und steuert. Die Antwort: Die Autoren wurden zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Auch nach ihrer Freilassung blieben sie im Lager der Opposition, Modzelewski war 1980 der Pressesprecher von Solidarność. 1976 ging Kuroń wieder voran.

Die polnischen Kommunisten erlebten in diesem Jahr eine unerwartete Reaktion auf ihr Vorgehen gegen die Arbeiter. Intellektuelle und Künstler riefen zur Solidarität mit ihnen auf und gründeten das

„Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR), das Geld und Informationen sammelte, die Öffentlichkeit informierte, die gemäßregelten Arbeiter und ihre Familien unterstützte und ihre Verteidigung vor Gericht organisierte. Dreizehn namhafte Intellektuelle forderten in einem Brief internationale Solidarität mit dem Kampf um die Rechte der Arbeiter Polens.

Kurońs Aktionsprogramm war eine Kampfansage von grundsätzlicher Bedeutung: „In meinen Augen besteht die politische Opposition aus den einzelnen, die tätig und willentlich dem totalitären System Widerstand leisten und die für eine Unabhängigkeit der Nation und des Staates kämpfen. Ich zähle dazu nicht diejenigen, die ausschließlich eine Unabhängigkeit des Staates erreichen wollen, ohne wie wir gleich dem totalitären System Widerstand zu leisten.“

Die Streiks der Arbeiter, die Solidarität der Intellektuellen und ihre organisatorische Zusammenarbeit waren die Formen des Widerstandes, die Kuroń auf alle Bereiche der polnischen Gesellschaft ausgedehnt wissen wollte. Er kannte aber auch die Grenzen und sah das Risiko: „Das Ausmaß an Oppositionstätigkeit wird von der Reaktion der Gesellschaft einerseits und von der Bereitschaft der UdSSR zur militärischen Intervention andererseits bestimmt. Niemand kann wissen, wann der kritische Punkt erreicht ist, und sicher ist es besser, viel zu früh als nur einen Augenblick zu spät aufzuhören. Aber würde ein Verzicht auf Widerstand uns unter den gegenwärtigen Umständen vor einem Eingreifen bewahren? Ich bin mir darüber im klaren, daß die Drohung sehr real ist, doch glaube ich, daß nicht die Stärke, sondern die Schwäche der Opposition zu einem Eingreifen führen kann.“

Parallel zum Klassenkampf in Polen und der von Kuroń vorgelegten grundsätzlichen Kampfansage an die totalitäre Herrschaft der polnischen Kommunisten

Streikführer Lech Walesa spricht zu den Arbeitern der Lenin-Werft in Danzig. Die Streikwelle, die am 1. Juli 1980 durch eine indirekte Erhöhung der Fleischpreise begann, wurde am 31. August durch die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen dem Streikkomitee in Stettin und der dort verhandelnden Regierungskommission beendet.

© picture-alliance/dpa, Foto: Lehtikuva Oy



mit dem Ziel ihres Sturzes wurde in Ost-Berlin auf der „Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas“ von 29 Parteien eine Erklärung abgestimmt, mit der sich die Kommunisten auf eine gemeinsame Politik in Europa nach dem Helsinki-Abkommen einigten. Im Abschlussdokument begrüßen sie den Sieg der vietnamesischen „Bruderpartei“ 1975, das Ende der faschistischen Diktaturen in Spanien und Portugal sowie die Fortschritte, „die auf dem Gebiet der Entspannung erzielt wurden“. Damit umschrieben sie eine Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses zu Gunsten der Kräfte des „Fortschrittes“, den sie in Europa durchzusetzen beabsichtigten. Es ging für sie um eine „Vertiefung des Entspannungsprozesses“, den Kampf gegen atomare Rüstung, die Auflösung der

Militärblöcke und die Durchsetzung der „friedlichen Koexistenz“ auf dem Kontinent.

Mit diesem Programm gedachten sie gravierende Veränderungen in den westlichen Gesellschaften in ihrem Sinn zu initiieren. Der Kampf für die Abrüstung bezog sich nur auf Westeuropa, die Sowjetunion selbst begann im gleichen Zeitraum ihre Mittelstreckenraketen SS-20 zu stationieren, wovon jede mit drei atomaren Gefechtsköpfen ausgestattet war. Der Historiker Michael Ploetz sah ihre Aufgabe von Anfang an in der „politischen Pression“.

Die Konferenz selbst war nicht sensationell. Aber schon allein die Geschäftsordnung war Ausdruck der Differenzierungen unter den Parteien. Alle Reden der Parteivorsitzenden oder Generalse-

kretäre wurden übersetzt und in den europäischen Hauptsprachen veröffentlicht. Das *Neue Deutschland* musste die Reden publizieren, und so wurden auch die SED-Mitglieder mit den Urteilen kommunistischer Parteien aus dem Westen über die Verhältnisse im sozialistischen Lager konfrontiert, die gemeinhin in der DDR unter Paragraf 106 „staatsfeindlicher Hetze“ des Strafgesetzbuches fielen und mit Freiheitsstrafen bedroht waren. Der spanische Parteiführer Santiago Carrillo betonte zum Beispiel, dass es heute in der kommunistischen Bewegung kein Führungszentrum mehr gibt, das eine internationale Disziplin wie in der Vergangenheit verordnen könne. Selbstkritisch räumt er nach den Erfahrungen mit der spanischen Diktatur als Fehler ein, dass die Kommunisten die bürgerliche Demokratie abgewertet hatten. Seine Konsequenz: „Und in keinem Falle unter keinem gesellschaftlichen Regime, noch viel weniger im Sozialismus, akzeptieren wir den Gedanken ihres Abschaffens.“ Der Vorsitzende der schwedischen Linkspartei-Kommunisten, Lars Werner, sprach sich für Organisations- und Meinungsfreiheit aus. Er forderte von Leonid I. Breschnew und den anderen Generalsekretären der regierenden Parteien, die Entstalinisierung ebenso fortzusetzen wie die Demokratisierung des politischen Systems. Eine solche Kritik an den herrschenden Zuständen in den Staaten des sowjetischen Imperiums sei nicht negativ, für Werner war sie Ausdruck seiner „Sorge um die Zukunft des Sozialismus“.

An der Realität vorbei

Das Gipfeltreffen der kommunistischen Parteien fand erstmals in Ost-Berlin statt und wurde von der SED verstanden als eine weitere internationale Anerkennung für die „Errungenschaften“ und das internationale Ansehen ihrer „Republik“. Verglichen mit Polen, schien die Lage in der

DDR stabil zu sein. Ein aufmerksamer Chronist der Geschichte der DDR wie Hermann Weber bemerkt 1986 rückblickend, dass die zweite Phase der „Ära Honecker“ ab 1976 durch eine „erneute Krisenhaftigkeit gekennzeichnet“ war. Er liefert zugleich ein Bild der Wahrnehmung der DDR, wie es sich vor 1989 in der politikwissenschaftlichen DDR-Forschung der Bundesrepublik etabliert hatte: „Obwohl es der DDR gelang, unter die zehn größten Industriestaaten zu kommen, und sie damit den höchsten Lebensstandard aller kommunistisch regierten Staaten erreichte und obwohl es den meisten DDR-Bürgern besser ging als in früheren Perioden der Geschichte des zweiten deutschen Staates, war die Unzufriedenheit gestiegen. Das hing einmal damit zusammen, daß die von Honecker geweckten Hoffnungen sich nicht erfüllten, also Erwartungen und Realität auseinanderklafften. [...] Die Krise entzündete sich aber nicht an ökonomischen Schwierigkeiten. Honecker hatte für die DDR an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki teilgenommen und die Schlußakte unterschrieben, die auch menschliche Erleichterungen versprach. Als Folge von Helsinki vermehrten sich in der DDR die Forderungen nach Menschenrechten; zahlreiche Bürger verlangten nun Ausreisemöglichkeiten. An dieser Realität gingen die programmatischen Thesen der SED völlig vorbei.“ Im Stil solcher programmatischer Leerformeln unterrichtete Honecker auf der Gipfelkonferenz die „Bruderparteien“ über die Lage seines Landes, wobei als Bezugspunkt die Bundesrepublik unangesprochen präsent war: „Indem wir die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus in der Praxis beweisen, leisten wir zugleich unseren Beitrag zur internationalen Stärkung des Sozialismus [...]“. Die „Lebensatmosphäre“ in der DDR sei bestimmt „von revolutionärem Optimismus und hoher gesell-

schaftlicher Aktivität“. Den Kontrapunkt zu dieser Idylle setzte Robert Havemann, der auf all die kritischen Stichworte der westeuropäischen Kommunisten, mit denen sie sich von den regierenden Kommunisten abgrenzten, nur gewartet hatte. Der Chemophysiker Havemann hatte als Mitglied der „Europäischen Union“ die Brandenburger Todeszelle 1944/45 überlebt, war nach 1945 ein wichtiger Wissenschaftskader der SED, Professor an der Humboldt-Universität, Mitglied der Volkskammer. Seine Professur und seine Parteimitgliedschaft verlor er, als er 1963/64 seine weltbekannt gewordene Vorlesung „Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme“ hielt, die unter dem Titel „Dialektik ohne Dogma?“ in der Bundesrepublik veröffentlicht wurde. Der politische Kernsatz des Streites zwischen der SED und Havemann lautete: „Was notwendig ist, was zum Sozialismus als Lebensbedingung dazugehört und was in der Periode des Stalinismus‘ verlorengegangen war, das ist die Demokratie. Sozialismus ist ohne Demokratie nicht zu realisieren.“ Diese Forderung nach sozialistischer Selbstreform war für die SED-Führung unter Walter Ulbricht unannehmbar, Havemann wurde zum Parteifeind und für knapp zwei Jahrzehnte zur Symbolfigur der Opposition in der DDR.

Demokratisches Aktionsprogramm

Analog zu Kuroń entwickelte Havemann ein Jahr später ein demokratisches Aktionsprogramm für die DDR. Seine ersten Forderungen bezogen sich auf die Mauer in Berlin und die verweigerte Reisefreiheit. „1. Schrittweiser Abbau der Mauer; schrittweise Herabsetzung der Altersgrenze für Westreisen.“ Mit diesen Forderungen reagierte er auf die für die innere Atmosphäre der DDR so drückende hermetische Abriegelung gegenüber Westdeutschland, wofür die Mauer das Symbol war. Reise- und Ausreisefreiheit wa-

ren ein großes innenpolitisches Thema in der DDR, in der sich die Spezifik der deutschen Teilung bündelte. Die zweite Forderung schließt an die erste an: „Bildung eines Reisedevisenfonds für Auslandsreisen der DDR-Bürger, in den alle Deviseneinnahmen aus dem Zwangsumtausch der Besucher aus der Bundesrepublik, aus West-Berlin und dem kapitalistischen Ausland eingezahlt werden.“ Die dritte Forderung deckt sich mit der der polnischen Opposition: „Generalamnestie für alle politischen Gefangenen einschließlich der Grenzverletzer.“ Die vierte Forderung war die nach Meinungsfreiheit in der DDR: „Aufhebung des verfassungswidrigen Paragraphen 106 des Strafgesetzbuches der DDR über die staatsfeindliche Hetze [...], alle Urteile nach Paragraph 106 sind nachträglich zu kassieren, die Betroffenen müssen entschädigt werden.“ Die fünfte Forderung verlangte die „Wiedereinführung des Streikrechts, das in der ersten Verfassung der DDR noch garantiert war, in der zweiten, jetzt gültigen, jedoch nicht mehr vorkommt“. Meinungsfreiheit muss praktiziert werden, deshalb fordert Havemann sechstens „Zulassung einer unabhängigen Zeitung, in der an Partei und Regierung und allen gesellschaftlichen Erscheinungen Kritik geübt werden kann“. Die siebte und achte Forderung bezogen sich auf die Demokratisierung des politischen Systems der DDR, zum einen fordert er die „Zulassung mehrerer, von der Nationalen Front und der SED unabhängiger Bewerber für jedes Volkskammermandat“ und zum anderen die „Zulassung wenigstens einer unabhängigen Oppositionspartei“.

Kampf um Reformen

Als dieser Text im Westen im Oktober 1976 erschien, wurde die Ausbürgerung von Wolf Biermann seitens der SED bereits vorbereitet und im November vollstreckt. Jürgen Fuchs und andere, die gegen die Ausbürgerung Biermanns protes-

tierten, wurden verhaftet und über Robert Havemann ein Hausarrest verhängt. In der Erstfassung dieser Vorschläge zur Demokratisierung der DDR, die im August, wenige Wochen nach dem kommunistischen Gipfeltreffen, erschienen, erhob Havemann noch zwei weitere Forderungen: „Aufhebung aller Verbote, die gegen das öffentliche Auftreten bestimmter Personen gerichtet sind. Aufhebung der Genehmigungspflicht für solche Veranstaltungen (unter diesen Bedingungen könnte Wolf Biermann in der DDR öffentlich auftreten), Veröffentlichung dieses Artikels im *Neuen Deutschland* – möglichst mit ausführlicher Entgegnung – und Eröffnung einer fortlaufenden Diskussion politischer Probleme.“ Er schloss seine Forderungen mit einer Frage: „Glauben die Anhänger des realen Sozialismus wirklich, daß bei Befolgung dieser Vorschläge der Sozialismus in der DDR in Gefahr geriete? Ja, es mag unter ihnen einige Blinde geben, die das meinen.“

In der zweiten Fassung fehlen diese Passagen, stattdessen postuliert er aus sozialistischer Perspektive einen tiefen, unversöhnlichen „Widerspruch“ zwischen dem realen Sozialismus im Osten und einer neuen, aber anderen „Volksfront“ im Westen, die auf eine „Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterbewegung“ zielt. Wie Kuroń grenzt er seine Position von der seiner Kritiker ab: „Von außerhalb bekomme ich zu hören: Du bist ein Phantast. Denkst du, die werden das je mitmachen? Dann können sie gleich die Bude zumachen. Das ist einfach naiv, solche Demokratie hat es nie und nirgends gegeben und wird es nie und nirgends geben und in der DDR am allerwenigsten. Und du denkst, das würden die Russen erlauben? Mit solchen Vorschlägen machst du uns

das Leben schwerer, nicht leichter; uns ehrlichen Fortschrittlichen, die langsam und behutsam vorgehen wollen, zu den gleichen Zielen zwar, aber ohne sie ständig herauszuposaunen.“ Havemann war sich bewusst, vor der Opposition lag ein harter Kampf, dessen Risiken er sah. Die Unterschiede zu Polen waren deutlich, dort ging es um die Souveränität und die Selbstbestimmung der Nation, wie sie der polnische Historiker Adam Michnik 1977 in seinen „Perspektiven der Opposition“ als Ziele formulierte. Er war gewillt, mit seinen Mitstreitern den politischen Verhaltenskodex für Europa in seinem Land zu testen, den die KSZE-Schlussakte darstellte und den die Volksrepublik Polen unterschrieben hatte. Die Strategie, die Michnik der Opposition vorschlug, war die „eines unaufhörlichen Kampfes um Reformen zu Gunsten einer Evolution, die die bürgerlichen Freiheiten vergrößert und die Beachtung der Menschenrechte garantiert“.

Havemann dagegen hoffte unbeirrt auf die Erneuerung des Sozialismus, die diesmal aus dem Westen durch eine neue „Volksfront“ kommen sollte, die Änderungen im Osten durchzusetzen half.

Die „Blinden“ führten die SED, und mit der Ausbürgerung von Wolf Biermann und der Vertreibung kritischer Schriftsteller und Künstler aus der DDR stellten sie unter Beweis, mit ihnen würde es eine Demokratisierung ihres Staates nicht geben! Was 1976 innenpolitisch in der DDR galt, wurde 1980/81 seitens der SED-Führung auch gegenüber der Demokratiebewegung in Polen zur Handlungsmaxime ihrer Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines „Bruderlandes“, um die Macht der dortigen Kommunisten zu sichern.